

chen der Zeit richtig erkannt – aber zu früh das Richtige gesagt, so die Interpretation des BDS-Präsidenten.

Was zudem nach Ansicht von BDS und BVMU fehle, sei eine Debatte, die Abwanderung aus Deutschland zu thematisieren – also von einem geistigen Aderlass zu sprechen, der von einer sechsstelligen Zahl Deutscher ausgehe, die jedes Jahr auswanderten. Hier handelte es sich – so Brüggmann weiter – vor allem um gut ausgebildete und leistungsbereite junge Menschen, die der deutschen Bürokratie und einer chaotischen Politik den Rücken kehrten. Brüggmann Philippika: „Diese Menschen im Land zu halten, wäre eine wichtige politische Aufgabe.“ BDS und BVMU setzen auch weiterhin diesen Problembereich bei den politischen Gesprächen ganz oben auf die Agenda, so das Versprechen des BDS/BVMU-Präsidenten.

### **Unliebsame Meinungen aus Diskurs verbannt**

Ein weiterer Dauerbrenner für BDS und BVMU sei das Thema „Meinungs- und Redefreiheit“, unterstrich Brüggmann, weil seiner Ansicht nach eine linksgrüne Minderheit – vielfach mit Nazi-Vergleichen – die Mehrheit der Deutschen zu gängeln versuche. Eine derartige Meinungsmanipulation kommt nach Brüggmanns Worten einer Verharmlosung des Naziregimes mit seiner groben Rassentheorie und seinem mörderischen Charakter gleich. Die meisten Medien, allen voran die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, seien dabei billige Helfer. Der Umgang mit Menschen, die nicht auf Mainstreamlinie lägen, zeige, wie sehr sich das Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland verändert habe, brachte Thomas Brüggmann seine Bedenken auf den Punkt. Wer gegen eine Frauenquote oder das Gendern argumentiere, wer nicht unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen möchte, wer sich gegen eine noch höhere Besteuerung der „Reichen“ ausspreche oder es gar wage, dem Klimaschutz nicht eindeutige Priorität gegenüber der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen und der Sicherung von Arbeitsplätzen einzuräumen, der habe einen schweren Stand. Schlimmer noch, er werde vielfach ausgegrenzt und müsse zudem mit beruflichen und persönlichen Nachteilen rechnen. Brüggmanns Fazit: „Unliebsame Meinungen aus dem politischen Diskurs zu verbannen, erinnert in gewisser Weise an Verfahrensweisen, wie diese Herr Erdogan in der Türkei praktiziert.“ Daher sei es für die Verbände BDS und BVMU verpflichtend, sich gegen die „Gesinnungsgouvernanten“ zu positionieren, stellte Thomas Brüggmann klar.

### **Finanzielle Vergütung fürs Nichtarbeiten**

Mit unmissverständlichen Worten warnte Thomas Brüggmann in seinem Geschäftsbericht vor den Folgen, die die Erhöhung des Bürgergeldes mit sich bringe, weil viele Arbeitnehmer dadurch ihren Job an den Nagel hängen würden und sich lieber ali-

mentieren ließen, so Brüggmann. Er verwies in diesem Zusammenhang auf eine Untersuchung des Instituts für Weltwirtschaft, das ausgerechnet hatte, dass ein Arbeitnehmerhaushalt, in dem ein Elternteil Vollzeit zum Mindestlohn arbeitet, nur 378,00 Euro netto mehr habe als ein Bürgergeldbezieher. Pro Arbeitsstunde blieben der Familie somit gerade einmal 2,30 Euro mehr als ohne Arbeit, so das Kieler Institut. Moralisch sei der Weg zum „Arbeitgeber Jobcenter“ zweifellos zu verurteilen, betonte Brüggmann. Aber letztlich reagierten viele von den Trittbrettfahrern des Sozialstaates ganz rational, weil sie rechnen könnten. Brüggmanns Folgerung: „Es ist der Staat, konkret die Ampelregierung, die die finanzielle Vergütung fürs Nichtarbeiten mit dem Bürgergeld attraktiv gemacht hat. Sie hat den Anreiz erhöht, sich versorgen zu lassen, statt sich selbst durch Arbeit zu versorgen.“ Deshalb müsse die Ampelregierung endlich begreifen – um mit Berthold Brecht zu sprechen: „Erst das Fressen, dann die Moral.“

### **Habecks fast religiös verfolgte Klimapolitik**

Mit Nachdruck widmete Thomas Brüggmann ein umfangreiches Kapitel seines Geschäftsberichts der Wirtschaftspolitik und der von Robert Habecks Ministerium verfassten „Industriestrategie“. In der rechnen detailliert Spitzenbeamte des Wirtschaftsministeriums auf 60 Seiten mit dem Regierungshandeln und damit mit Habeck selbst ab. So werde laut Brüggmann mehr als deutlich der frühere Satz des Ministers, dass Deutschland gar kein Stromproblem habe, als grober Unfug entlarvt. In dem Papier heiße es ganz klar: „Die Wettbewerbssituation für viele Industrieunternehmen und insbesondere für stromintensive Unternehmen gegenüber Unternehmen an anderen Standorten hat sich verschlechtert.“ So zahlten Unternehmen insbesondere in chemie-, stahl- und metallverarbeitenden Bereichen in Deutschland nach den Feststellungen der Ministerialbeamten einen vielfach höheren Strompreis, als ihre Konkurrenten in anderen europäischen Ländern. „Für zahlreiche Betriebe der energieintensiven Industrie sind diese Preise existenzbedrohend“, heiße es von den Spitzenbeamten eines Ministers, der bis vor kurzem „kein Stromproblem“ gesehen habe. Weiterhin seien die bestehenden Möglichkeiten zur Frühverrentung, die Diskussionen über eine Vier-Tage-Woche und „Probleme an einem zunehmend überforderten und damit maroden Bildungssystem“ in dem Strategiepapier hervorgehoben worden, erläuterte Brüggmann, wobei auch der mangelnde Bürokratieabbau und ein expandierender Sozialstaat von den Spitzenbeamten des Wirtschaftsministeriums angesprochen wurden.

Besonders kritische Worte fand Thomas Brüggmann zur – wie er sagte – Habecks fast religiös verfolgte Klimapolitik und verwies auch hier auf die Aussagen der Ministerialbeamten, die Habeck ins



*„Der Umgang mit Menschen, die nicht auf Mainstreamlinie liegen, zeigt, wie sehr sich das Meinungsklima in Deutschland verändert hat.“*



*„In der von Robert Habecks Ministerium verfassten ‚Industriestrategie‘ rechnen detailliert Spitzenbeamte auf 60 Seiten mit dem Regierungshandeln und damit mit Habeck selbst ab.“*